



74/2008

Kiel, 16. Juni 2008

Vorschau auf die Themen der Landtagssitzung: Aktuelle Stunde zur Milchwirtschaft und zu Haushalts-Eckpunkten

Kiel (SHL) - *Wie wirkt sich der Milchlieferboykott auf die Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein aus? Über diese Frage wird auf Antrag von CDU und SPD zu Beginn der Landtagssitzung am Mittwoch, 18. Juni 2008, in einer Aktuellen Stunde ab 10:00 Uhr diskutiert. Auch die GRÜNEN haben ein Thema für die Aktuelle Stunde angemeldet: Sie wollen im Parlament über die Ergebnisse des am 10. Juni 2008 vorgestellten Eckpunktepapiers der Landesregierung für den Haushalt 2009/10 beraten. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet die Internet-Zeitung des Landtages, plenum-online. Sie ist unter www.sh-landtag.de erreichbar.*

Mittwoch, 18. Juni 2008, 10:00 bis 17:00 Uhr

TOP 1 Aktuelle Stunde mit den Themen a) Auswirkungen des Milchlieferboykotts auf die Landwirtschaft sowie auf die Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein (Antrag von CDU und SPD) und b) Ergebnisse des am 10. Juni 2008 vorgestellten Eckpunktepapiers der Landesregierung für den Haushalt 2009/10 (Antrag der GRÜNEN), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 90 Minuten

Zu a) Ende Mai haben bundesweit Milchbauern gegen die ihrer Auffassung nach zu niedrigen Milchpreise protestiert, unter anderem mit Lieferboykotts und der Blockade von Molkereien. Nach Angaben des Bundes Deutscher Milchviehhalter (BDM) haben sich 70 Prozent der deutschen Milchbauern an dem Streik beteiligt. Aufgrund der Proteste haben mehrere Einzelhandelsketten Anfang des Monats den Preis für einen Liter Milch um sieben Cent angehoben. Der Milchpreis wird in Verhandlungen zwischen den deutschlandweit rund 100 Molkereien und ihren Abnehmern ausgehandelt. Die 100.000 Milchbauern in Deutschland wiederum sind in der Regel durch langfristige Verträge, zum Beispiel als Genossenschaftsmitglieder, an die Molkereien gebunden und erhalten von ihnen einen Anteil am Gewinn, das so genannte Milchgeld.

Nach Angaben der Landwirtschaftskammer gibt es in Schleswig-Holstein rund 5.400 Milchbauern. Ihre 350.000 Kühe produzieren jährlich knapp 2,5 Milliarden Liter Milch.

Zu b) Die Landesregierung hat in der Vorwoche ihren Haushaltskurs für die kommenden zwei Jahre vorgezeichnet. Ziel ist es, erstmals seit 1996 wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Damit der Etat verfassungsgemäß ist, müssen die Ausgaben für Investitionen höher sein als die Neuverschuldung.

Kernpunkt auf der Aufgabeseite ist ein „Zukunftspakt“ für Bildung und Wissenschaft mit einem Volumen von 120 Millionen Euro. Wo im Gegenzug gekürzt werden soll, muss die Koalition noch klären. Aus dem 120-Millionen-Euro-Programm für Bildung und Wissenschaft entfallen 12 Millionen auf Betriebskosten für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. 50 Millionen Euro sind für das geplante beitragsfreie Kindergarten-Jahr vorgesehen. Für eine bessere Lehrerversorgung an Gymnasien sowie Regional- und Gemeinschaftsschulen soll es in den beiden Haushaltsjahren jeweils 150 zusätzliche Lehrerstellen geben. Dafür werden insgesamt 22 Millionen Euro aufgebracht. 36 Millionen Euro fließen in Spitzenforschung und zusätzliche Studienplätze.

Schleswig-Holstein ist derzeit mit nahezu 23 Milliarden Euro verschuldet und muss deshalb jährlich eine knappe Milliarde allein für Zinsen ausgeben. Diese Ausgaben verzehren zusammen mit den steigenden Aufwendungen für das Personal und den Überweisungen an die Kommunen das Plus an Steuereinnahmen infolge der zuletzt guten Konjunktur.

TOP 7 A, Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 16/2123), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Landesregierung will die Direktoren und Konrektoren der neuen Schulformen Regional- und Gemeinschaftsschule in die Besoldungsordnung eingruppiert. Das sieht ein Entwurf zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes vor, den das Parlament in erster Lesung berät. Zudem macht der Gesetzentwurf Angaben über die hierdurch zu erwartenden Kosten.

Den Plänen des Bildungsministeriums zufolge soll beispielsweise der Leiter einer Regionalschule mit bis zu 360 Schülern die Besoldungsgruppe A 13 erhalten. Der Chef einer gleichgroßen Gemeinschaftsschule wird mit A 14 entlohnt. Die Regelung soll zum neuen Schuljahr greifen.

Durch diese neuen Eingruppierungen geht die Landesregierung von Mehrkosten in Höhe von 5,2 Millionen Euro bis 2013 aus. Der Grund: Es stehen insgesamt 215 Beförderungen an.

TOP 13, Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinien, Antrag der FDP (Drs. 16/2112), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die FDP begrüßt die in Schleswig-Holstein geplante Einrichtung so genannter Einheitlicher Ansprechpartner (EA), die die Wirtschaft bei Behördenangelegenheiten betreuen sollen. Gleichzeitig fordern die Liberalen den Bund auf, keine neuen bürokratischen Hemmnisse für die Unternehmen zu schaffen.

Die EA sind in der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgesehen. Sie sollen die Ansiedlung von Firmen, die Erweiterung der Produktpalette und die Existenzgründung erleichtern, indem sie die Unternehmer als „Verfahrensmanager“ von Anfang bis Ende betreuen und ihnen den

Gang zu einer Vielzahl von Behörden ersparen. Diesem Anspruch werden die Berliner Pläne nach Ansicht der Landes-FDP jedoch nicht gerecht. Denn: Hier könnten sich die Behörden bei Rückfragen direkt an die Antragsteller wenden. Dadurch, so die Liberalen, entstehe ein zusätzlicher Aufwand für die Unternehmer, während den Einheitlichen Ansprechpartnern nur die Rolle des „Briefkastens“ bleibe.

In Schleswig-Holstein ist das EA-Projekt Anfang des Monats vom Finanzministerium, von den Kammern und den kommunalen Spitzenverbänden vorgestellt worden. Die Betreuung der Firmen soll durch eine noch zu gründende Anstalt öffentlichen Rechts wahrgenommen werden. Der EA soll sowohl für ausländische Dienstleister als auch für inländische zuständig sein. Die Landesregierung betont, Schleswig-Holstein sei das erste Bundesland, das einen Einheitlichen Ansprechpartner einrichtet.

TOP 16, Berichts Antrag Wärmelastplan Elbe, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2119), geplanter Aufruf 14:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen fordern einen Regierungsbericht über den Wärmelastplan für die Elbe, auf den sich die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen laut Medienberichten verständigt haben. Er sieht vor, dass das verbrauchte Kühlwasser, das Fabriken in den Fluss leiten, maximal 28 Grad warm sein darf. Die bisherige Grenze stammt aus dem Jahr 1973 und liegt bei 35 Grad. Die Regelung soll für den Unterlauf des Flusses von Geesthacht bis zur Mündung gelten. Neuansiedlungen müssten sich ab sofort daran halten, alt eingesessene Firmen hätten eine Übergangsfrist bis 2012.

Der Grund für die geplante Beschränkung: Mit steigender Temperatur verringert sich die Löslichkeit des Sauerstoffs. Dies gefährdet Fische. Umweltschützer unterstützen deswegen den Plan. Die Wirtschaft hingegen befürchtet Millionenverluste und den Verlust von Arbeitsplätzen. Es wird darauf verwiesen, dass kostspielige Investitionen in Rückhaltebecken oder in Kühltürme nötig wären, um die 28-Grad-Grenze zu erreichen. Wirtschaftsvertreter fordern deshalb eine Übergangsfrist von 30 Jahren.

TOP 24, Transparenter und gerechter Zugang zu Organspenden, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Landesregierung (Drs. 16/1696 Abs.2 ,16/1943), geplanter Aufruf 14:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Auf Antrag der Grünen berichtet Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht (SPD) über die von ihr in den Medien angekündigte Sachverständigenprüfung über die Vergabe von Spenderorganen in Schleswig-Holstein. Der Vorwurf: Kassenpatienten sollen bei Organtransplantationen in Schleswig-Holstein in den Jahren 2004 bis 2006 benachteiligt werden. Dies beklagt der Flensburger Arzt und SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg. Seine Rechnung: Im Jahr 2005 seien beispielsweise über 20 Prozent der gespendeten Herzen und Lungen sowie 16 Prozent der Nieren an Privatpatienten gegangen. Diese machten aber nur zehn Prozent der Bevölkerung aus. Das Expertengutachten des Sozialministeriums, das der Lübecker Sozialmediziner Prof. Heiner Raspe erstellt hat, kommt demgegenüber zu einem anderen Schluss: „Wir fanden keine Hinweise auf eine soziale Diskriminierung von GKV-Versicherten im Sinne einer fehlenden Chancengleichheit.“ Im Gegenteil: „Der Anteil der ‚privat versicherten‘ bei den Transplantationspatienten ist mit 11,6 Prozent im Vergleich mit

der deutschen Bevölkerung (12,1 Prozent laut Mikrozensus 2003) sowie der Bevölkerung Schleswig-Holsteins (13,3 Prozent laut Mikrozensus 2003) nicht erhöht, sondern niedriger.“

TOP 14, Badequalität in Schleswig-Holstein, Antrag der FDP (Drs. 16/2116), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die FDP fordert einen Regierungsbericht über die Qualität des Badewassers in Schleswig-Holstein. Grundlage soll der jüngst vorgelegte Badegewässerbericht 2007 der EU-Kommission sein.

Demnach waren die Strände an der deutschen Nord- und Ostseeküste im vergangenen Jahr schmutziger als 2006. Kontrolleure beanstandeten die Wasserqualität an 20 von 350 deutschen Meeresstränden (5,7 Prozent). Im Jahr zuvor waren es nach Angaben der EU-Kommission nur 1,1 Prozent. Bei den 1.589 Badestellen an deutschen Binnengewässern erreichten 4,2 Prozent (2006: 4,5 Prozent) nicht den EU-Standard. EU-weit verschlechterte sich die Badewasser-Qualität leicht.

In Schleswig-Holstein gibt es dem EU-Bericht zufolge eine große Zahl überschrittener Grenzwerte bei Fäkalien und Keimen im Badewasser sowie zahlreiche Badeverbote. Demgegenüber verweist der zeitgleich vorgelegte Badewasserbericht des Sozialministeriums darauf, dass nur eines der 206 Messergebnisse im Lande die Richtwerte der EU überschreite.

TOP 6, Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 16/2103), geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Der gesetzliche Rahmen der gemeinsamen Medienanstalt von Schleswig-Holstein und Hamburg, der MA HSH, soll an bundesweite Vereinbarungen angepasst werden. Das sieht der Zweite Medienänderungsstaatsvertrag zwischen den beiden Bundesländern vor, den die Regierungen Anfang Juni unterzeichnet haben, und dem nun die Parlamente zustimmen müssen. Grundlage ist der Zehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag zwischen allen 16 Ländern, den der Landtag in dieser Tagung ratifiziert.

Ein Kernpunkt: Künftig soll es für die 14 in Deutschland tätigen Landesmedienanstalten eine gemeinsame Kommission für die Zulassung und Aufsicht (ZAK) geben, die für private Rundfunkprogramme mit bundesweiter Verbreitung zuständig ist. Bisher sind die Landesmedienanstalten einzeln tätig geworden. Die neue Entscheidungsstruktur wird zum Beispiel zum Zuge kommen, wenn digitale Sendernetze für den mobilen Empfang von Hörfunk und Fernsehen über Handy vergeben werden.

TOP 7, Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umweltwirkungen, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 16/2115), geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Der Gesetzentwurf aus dem Umweltministerium richtet sich insbesondere an Ferienorte. Sie sollen künftig örtliche Verordnungen erlassen können, die lärm- oder qualmintensive Tätigkeiten zeitlich und örtlich einschränken – etwa Bauarbeiten im Kurgebiet, Düngen und Mähen, Knallkanonen zur Vergrämung von Tieren, Volksfeste, Freudenfeuer oder Open-Air-Konzerte. Bisher hat das Land Schleswig-Holstein, im Gegensatz zu vielen anderen Bundes-

ländern, von seiner Gesetzgebungskompetenz zum Schutz vor Lärm und Luftverschmutzung durch Menschenhand keinen Gebrauch gemacht. In der Vergangenheit haben sich der Tourismusverband Schleswig-Holstein und einige Gemeinden jedoch mehrfach an das Ministerium gewandt und darauf hingewiesen, dass es in diesem Bereich keine örtlichen Regelungsbefugnisse mehr gibt. Diese Kompetenz war Anfang der neunziger Jahre gestrichen worden.

TOP 28, Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz 2008, Bericht des ULD (Drs. 16/1839), geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 25 Minuten

Der Landtag diskutiert den 30. jährlichen Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz (ULD). Während der Landesdatenschutzbeauftragte Thilo Weichert dem Land Schleswig-Holstein ein gutes Zeugnis ausstellt, übt er heftige Kritik an einigen Plänen der Bundesregierung im Bereich der inneren Sicherheit. Auch der Umgang mit den Hartz-IV-Gesetzen und Teilbereiche der Wirtschaft seien Sorgenkinder des Datenschutzes. Die Landespolitik in Schleswig-Holstein beurteilten die Datenschützer positiv. Die Landesregierung habe ein eindeutiges Votum gegen die Vorratsspeicherung von Fluggastdaten abgegeben, und sie habe signalisiert, dass sie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zum Kfz-Kennzeichen-Scanning respektiere. Zudem trage die Landesregierung die Regelungen des modernen Landesdatenschutzgesetzes für Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2000 voll und ganz mit, und sie unterstütze das ULD bei seinen Bestrebungen zur Weiterentwicklung des präventiven Datenschutzes. Dieser Punkt werde auch vom BVG unterstrichen: Die Karlsruher Richter haben das „Grundrecht auf Gewährleistung von Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ neu geschaffen.

Demgegenüber übt Weichert deutliche Kritik am Bund: Obwohl das BVG im Februar festgestellt habe, dass das heimliche Ausspionieren von privaten PCs nur unter engen Voraussetzungen zulässig ist, halte die Bundesregierung an ihren Plänen zur Online-Durchsuchung und zur Vorratsdatenspeicherung fest. Zudem treibe sie die Umsetzung eines EU-Rahmenbeschlusses voran, wonach die Passagierdaten von sämtlichen Flügen in die und aus der EU 13 Jahre lang für polizeiliche Zwecke gespeichert werden sollen.

Donnerstag, 19. Juni 2008, 10:00 bis 16:30 Uhr

TOP 26, Zentrale SPNV-Projekte in Schleswig-Holstein, Antrag der FDP und Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2073, 16/2097), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Im Zentrum steht die in Kiel geplante Stadtrationalbahn (SRB). Die Landesregierung steht dem Vorhaben positiv gegenüber – die Bahn bringe „einen erheblichen Standortvorteil für die gesamte Region“. Die Regionalbahn soll U-förmig um die Kieler Förde führen sowie die Landeshauptstadt mit Preetz, Schönberg und Eckernförde verbinden. Hierzu müssten 25 Kilometer neue Gleise gebaut werden. Im Gegenzug sollen Busverbindungen auf den neuen Bahnstrecken abgebaut werden. Die SRB soll im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft realisiert werden. Laut einem Gutachten der Investitionsbank würde der Bau knapp 400 Millionen Euro kosten. Hiervon würden der Bund 130 Millionen und das Land 32 Millionen übernehmen. Den Rest (233 Millionen) soll die Betreiberfirma decken. Die Betriebskos-

ten schätzt das Gutachten für das erste Jahr auf rund 20 Millionen. Diese Summe ließe sich durch den Fahrkartenverkauf erwirtschaften, heißt es.

TOP 10, Korrekte Ausschreibung des UKSH Vorstandes für Krankenpflege, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2102), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Grünen protestieren gegen die Ausschreibung der Stelle eines Pflegedirektors für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H), die Anfang des Monats in regionalen Tageszeitungen veröffentlicht wurde. Der Vorwurf: Es widerspreche dem Hochschulgesetz, die Pflegeleitung an eine Direktion zu übergeben, die dem Vorstand unterstellt sein soll. Die Oppositionsfraktion verweist darauf, dass das Gesetz keinen Direktor, sondern einen „Vorstand für Krankenpflege und Patientenservice“ neben dem kaufmännischen und dem medizinischen Vorstand fordert.

Dieser Posten des Pflege-Vorstands ist allerdings seit dem letzten Jahr vakant. Die Grünen hatten deshalb bereits im Dezember 2007 eine Neubesetzung gefordert

Vor diesem Hintergrund sind die Grünen der Auffassung: „Die Stellenanzeige ist rechtswidrig.“ Zudem wird bemängelt, dass die Bewerbungsfrist mit zwei Wochen sehr kurz veranschlagt sei, und dass ein so wichtiger Posten nur in regionalen Zeitungen ausgeschrieben werde.

TOP 15, Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen, Antrag von CDU und SPD (Drs. 16/2117), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Fraktionen von CDU und SPD setzen sich für freiwillige Mitarbeiterbeteiligungen an den Gewinnen ihrer Unternehmen ein. Sie befinden sich damit im Einklang mit Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) und Arbeitsminister Uwe Döring (SPD), die im April eine Bundesratsinitiative zur Einführung solcher Beteiligungen gefordert hatten. Ihr Argument: Auf diese Weise könnten sich die Arbeitnehmer besser an den Gewinnen ihrer global tätigen Firmen beteiligen. Hintergrund ist, dass seit langem Firmengewinne stärker wachsen als Arbeitslöhne.

Eine Arbeitsgruppe der Großen Koalition in Berlin hatte sich im Frühjahr nach monatelangen Beratungen auf Eckpunkte zur steuerlichen Entlastung der Arbeitnehmer geeinigt. Demnach soll der Steuerfreibetrag zur Investition in Aktien oder Beteiligungen an der eigenen Firma von 135 auf 360 Euro pro Jahr steigen. Der Fördersatz für vermögenswirksame Leistungen soll von 18 auf 20 Prozent angehoben werden. Außerdem ist vorgesehen, die Einkommensgrenzen im Vermögensbildungsgesetz auf 20.000 Euro für Ledige (bislang: 17.900) und auf 40.000 Euro für Ehepaare (bislang: 35.800) anzuheben. Zudem sollen so genannte Branchenfonds gebildet werden, in denen die Arbeitnehmer ihr Geld anlegen können. Laut Medienberichten soll das Konzept Anfang 2009 in Kraft treten.

TOP 27, Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2113), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Die Landesregierung stellt dem Parlament ihren maritimen Aktionsplan vor. Er basiert auf dem Blaubuch zur Meerespolitik der EU, das der Landtag im Februar behandelt hat, und dessen Anregungen nun vor Ort in konkrete Schritte umgesetzt werden sollen. Dabei betont

die Landesregierung einerseits die wirtschaftliche Bedeutung der Meere für Schleswig-Holstein als Küstenregion. Gleichzeitig seien aber „der nachhaltige Schutz des Ökosystems“ und der Küstenschutz von großer Bedeutung. Koordiniert wird die schleswig-holsteinische Meerespolitik von der Projektgruppe „Zukunft Meer“ unter Leitung des Kieler Meeresforschungsinstituts IFM-GEOMAR.

Zur wirtschaftlichen Nutzung der Meere gehören dem Bericht zufolge die „nachhaltige und umweltgerechte Fischerei“, die Verwendung von Meeresorganismen bei der Produktion von Arzneimitteln, etwa gegen Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes wie auch die Hafengewirtschaft. Auch bei der Energieproduktion spielen die Meere eine Rolle, beispielsweise bei der Off-Shore-Windenergie und der Ölförderung im Watt.

Schutzmaßnahmen des Meeres umfassen den Nationalpark Wattenmeer und das Natura-2000-Netzwerk mit den Vogelschutz- und den so genannten FFH-Gebieten (Flora-Fauna-Habitat). Ebenso setzt sich die Landesregierung für den Gewässerschutz nach Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein. Zum Küstenschutz sollen die Verstärkung der Deiche wie auch die Verringerung des CO₂-Ausstoßes zur Begrenzung der globalen Erwärmung beitragen.

TOP 29, Tätigkeitsbericht 2007 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten (Drs. 16/2022), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Das Büro der Bürgerbeauftragten Birgit Wille-Handels hat im Jahr 2007 insgesamt 3.527 Eingaben bearbeitet. Die Zahl der Neueingänge ist gegenüber den vorhergehenden zwölf Monaten um mehr als 13 Prozent angestiegen. Die Erfolgsquote war hoch: Fast 84 Prozent der abgeschlossenen Fälle endeten für die Bürger mit einem positiven Ergebnis. Der Schwerpunkt der Probleme lag im Bereich Hartz IV (38 Prozent). Weitere Arbeitsgebiete waren die Sozialhilfe, Kranken- und Rentenversicherung und das Behindertenrecht. Die Anfragen zu Hartz IV haben dabei gegenüber 2006 um 28 Prozent auf über 1.300 Eingaben zugenommen. Meist gehe es um Ansprüche auf Leistungen und deren Höhe, einmalige Beihilfen sowie Kosten für Unterkunft und Heizung. Die Entwicklung werfe ein schlechtes Bild auf die Behörden, Fortschritte gebe es in diesem Bereich nicht, so die Bürgerbeauftragte. Generell kritisierten die Betroffenen in fast allen Beschwerden Unübersichtlichkeit und mangelnde Aussagekraft der Bescheide. Vorgänge würden häufig nur schleppend bearbeitet, es verschwänden sogar Unterlagen. Viele Bürger klagten auch über mangelhafte und teils völlig fehlende fachliche Beratung bei der Jobvermittlung.

TOP 25, Bericht zur Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Straftaten in 2008 und zur Finanzierung von rechtsextremistischen Vereinen, Stiftungen und Organisationen, Antrag der FDP und Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2071, 16/2096), geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Laut dem Bericht der Landesregierung hat es in den ersten fünf Monaten 2008 landesweit 242 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gegeben. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2007 (342 Straftaten). Das Innenministerium zählte in diesem Jahr 17 rechtsextreme Gewalttaten. Die meisten Anklagen wurden wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erhoben. Es gibt regionale Schwankungen: Die meisten rechtsextremen Straftaten gab es in Lübeck (28), die wenigsten im

Kreis Plön (zwei). Zum Thema Finanzen: Neben der NPD und den „Freien Kameradschaften“ gibt es eine Reihe von kleineren rechtsextremen Organisationen. Im Gegensatz zu Parteien, die von der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung profitieren, sind diese Klein-Organisationen auf Mitgliedsbeiträge, Spenden und Erbschaften angewiesen. Das Ministerium schätzt ihre finanziellen Ressourcen zurzeit als „unbedeutend“ ein. Die Landesregierung verweist zudem auf einen Arbeitskreis der Innenministerkonferenz, der sich bundesweit mit den Finanzquellen rechtsextremistischer Kreise beschäftigt. Aufgrund der Erkenntnisse dieses Arbeitskreises plädieren die Innenminister dafür, rechtsextremen Organisationen die Steuerprivilegien der Gemeinnützigkeit zu entziehen und dem Verfassungsschutz die Möglichkeit zu geben, Ermittlungen zur Finanzsituation dieser Vereine vorzunehmen.

Laut dem im Mai vorgestellten Verfassungsschutzbericht hat sich die Zahl der Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein zuletzt kaum verändert. Im vergangenen Jahr wurden 1.410 Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen erfasst, das sind rund 60 mehr als 2006. Allerdings nahm die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten um 80 auf insgesamt 740 Personen zu, darunter hauptsächlich Skinheads.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die Juni-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des 17. Juni 2008 ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender *Kiel TV* (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.

Reihenfolge der Beratung der 33. Tagung

Änderungen sind in Hinblick auf den Redaktionsschluss für eine Aktuelle Stunde am Montag um 17:00 Uhr möglich. Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 18. Juni 2008			
1	Aktuelle Stunde mit den Themen: a) Auswirkungen des Milchlieferboykotts auf die Landwirtschaft sowie auf die Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein b) Ergebnisse des am 10.06.2008 vorgestellten Eckpunktepapiers der Landesregierung für den Haushalt 2009/10	90	10:00
7 A	Änderung des Landesbesoldungsgesetzes	30	11:30
13	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie	30	12:00
16	Berichts Antrag Wärmelastplan Elbe	30	14:00
24	Transparenter und gerechter Zugang zu Organspenden	30	14:30
14	Badequalität in Schleswig-Holstein	30	15:00
6	Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH	30	15:30
7	Gesetz zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen	30	16:00
28	Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz 2008	25	16:30
Donnerstag, 19. Juni 2008			
26	Zentrale SPNV-Projekte in Schleswig-Holstein	60	10:00
10	Korrekte Ausschreibung des UKSH Vorstandes für Krankenpflege	30	11:00
15	Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen	30	11:30
27	Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein	30	12:00
29	Tätigkeitsbericht 2007 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten	60	15:00
25	Bericht zur Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Straftaten in 2008 und zur Finanzierung von rechtsextremistischen Vereinen, Stiftungen und Organisationen	30	16:00

Zu dem folgenden Tagesordnungspunkt ist eine Aussprache sowie eine feste Zeit des Aufrufs nicht vorgesehen.

TOP		Berichterstattung
19	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.01.08 bis 31.03.08.08	5
23	Flexible Eingangsphase der Grundschule	5

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 16/2114):

TOP	
2	Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
3	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes und der Gemeindeordnung
4	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes
5	Neufassung des Berufsakademiegesetzes
8	Zustimmung zur Ernennung zum Mitglied des Landesrechnungshofs
9	Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik
12	Frauen im Justizvollzugsdienst
17	Stoffpläne entrümpeln, individuelle Förderung stärken
18	Dopingbekämpfung im Sport
20	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Verletzung von Rechten aus dem Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung
21	Belastungs- und qualitätsgerechte Ausgestaltung des verkürzten gymnasialen Bildungsganges
22	Ausstattung mit Lehrkräften und finanziellen Mitteln für die neuen Schularten Gemeinschaftsschule und Regionalschule

Es ist beabsichtigt, den folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen:

11	Landesarbeitsgemeinschaft "Sport und Justizvollzug"
----	-----------------------------------------------------